

Direction des Jurys de l'enseignement secondaire

Rue Adolphe Lavallée, 1

1080 Bruxelles

<http://www.enseignement.be/jurys>

jurys@cfwb.be

Tél : +32 (0)2 690 85 86

Jurys de l'enseignement secondaire – CESS général, technique et artistique de transition

Langue moderne II : Allemand Cycle 2021-2022/2

Articles servant de base à l'évaluation de l'expression orale

**NB : Les trois articles doivent être lus et préparés. Un sera tiré au sort
lors de l'examen oral**

1. Deutschland sieht die Stromerzeugung aus Gas als notwendige Übergangstechnologie hin zur Klimaneutralität
2. Verkauf von Songrechten boomt
3. Zwei neue Kernkraftwerke für die Niederlande

1. Deutschland sieht die Stromerzeugung aus Gas als notwendige Übergangstechnologie hin zur Klimaneutralität.

BRÜSSEL Können Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke klimafreundlich sein? Die Brüsseler EU-Kommission legt zum Jahreswechsel einen mit Spannung erwarteten Rechtsakt vor. Umweltschützer sind empört.

Die EU-Kommission will Investitionen in Gas- und Atomkraftwerke unter bestimmten Bedingungen als klimafreundlich einstufen. Das geht aus einem Entwurf für einen Rechtsakt der Brüsseler Behörde hervor, der am Neujahrstag kurz nach dem Versand an die EU-Mitgliedstaaten öffentlich wurde.

Der Vorschlag gilt als Zugeständnis an Länder wie Deutschland und Frankreich. Umgehend kam Kritik von Umweltschützern. Die Kommission untergrabe ihre eigenen Klimaziele, so die Deutsche Umwelthilfe. Atomkraft und Erdgas als nachhaltig zu kennzeichnen, sei nicht glaubwürdig.

Konkret sieht der Vorschlag vor, dass vor allem in Frankreich geplante Investitionen in neue Akw als grün klassifiziert werden können, wenn die Anlagen neusten technischen Standards entsprechen und wenn ein konkreter Plan für den Betrieb einer Entsorgungsanlage für hoch radioaktive Abfälle ab spätestens 2050 vorgelegt wird. Zudem ist als Bedingung vorgesehen, dass die neuen Anlagen bis 2045 eine Baugenehmigung erhalten. Der Text liegt der Deutschen Presse-Agentur vor.

Investitionen in neue Gaskraftwerke sollen insbesondere auf Wunsch Deutschlands übergangsweise ebenfalls als grün eingestuft werden können. Dabei soll zum Beispiel relevant sein, wie viel Treibhausgase ausgestoßen werden. Für Anlagen, die nach dem 31. Dezember 2030 genehmigt werden, wären dem Vorschlag zufolge nur noch bis zu 100 Gramm sogenannte CO₂-Äquivalente pro Kilowattstunde Energie erlaubt - gerechnet auf den Lebenszyklus.

Investitionen in nachhaltigere Technologien?

Die Einstufung von Wirtschaftstätigkeiten durch die EU-Kommission soll Anleger in die Lage versetzen, ihre Investitionen auf nachhaltigere Technologien und Unternehmen umzustellen, und so wesentlich zur Klimaneutralität Europas bis 2050 beitragen. Ob Gas und Atomkraft als Teil der sogenannten Taxonomie als klimafreundlich gelten sollten, ist unter den EU-Staaten jedoch umstritten.

So ist zum Beispiel Deutschland gegen eine Aufnahme von Kernkraft, sieht allerdings die Stromerzeugung aus Gas als notwendige Übergangstechnologie. Für Länder wie Frankreich ist hingegen die Atomkraft eine Schlüsseltechnologie für eine CO₂-freie Wirtschaft.

Habeck: „Hätte es nicht gebraucht“

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) kommentierte: „Es hätte aus unserer Sicht diese Ergänzung der Taxonomie-Regeln nicht gebraucht.“ Die „Hochrisikotechnologie“ Atomenergie als nachhaltig zu etikettieren, sei falsch. Dies verstelle den Blick auf die langfristigen Auswirkungen für Mensch und Umwelt. Der Atommüll werde die EU über Jahrhunderte belasten.

Die Einbeziehung von Gas bezeichnete Habeck als „fraglich“. Immerhin mache die Kommission klar, dass Gas aus fossilen Brennstoffen nur ein Übergang sei und durch grünen Wasserstoff ersetzt werden müsse. So müssten neue Gaskraftwerke schon jetzt auf Wasserstoff ausgerichtet werden. Von 2035 an seien sie mit grünem Wasserstoff oder kohlenstoffarmem Gas zu betreiben.

Kritik aus dem EU-Parlament

Deutlich kritischere Stimmen kamen aus dem EU-Parlament. Damit zerstöre Kommissionschefin Ursula von der Leyen die Glaubwürdigkeit des europäischen Ökosiegels für Finanzinvestitionen, kommentierte der deutsche Abgeordnete Michael Bloss (Grüne). Atomkraft und Erdgas auf eine Stufe mit Sonnen- und Windkraft zu stellen, verhöhne die bisherigen Erfolge im Klimaschutz und bremse die Energiewende. Statt Geld in die Solar- und Windbranche zu leiten, würden alte und extrem kostspielige Geschäftsmodelle weitergeführt.

Die EU-Mitgliedstaaten haben nun bis zum 12. Januar Zeit, den Entwurf zu kommentieren. Seine Umsetzung kann nur verhindert werden, wenn sich mindestens 20 EU-Staaten zusammenschließen, die mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten, oder mindestens 353 Abgeordnete im EU-Parlament. Dies gilt als unwahrscheinlich, da sich neben Deutschland lediglich Länder wie Österreich, Luxemburg, Dänemark und Portugal klar gegen eine Aufnahme der Atomkraft aussprechen.

Habeck teilte lediglich mit: „Eine Zustimmung zu den neuen Vorschlägen der EU-Kommission sehen wir nicht.“ Von einem Engagement gegen den Kommissionsvorschlag war nicht die Rede.

2. JANUAR 2022

2 Verkauf von Songrechten boomt

LONDON Weil die Tonträgerverkäufe sinken und Konzerte in Pandemie-Zeiten zur Herausforderung werden, setzen immer mehr Musiker auf den Verkauf ihrer Songrechte. Bei Promis wie Springsteen oder Bowie geht es um Hunderte Millionen.

VON PHILIP DETHLEFS, DPA

Kurz vor dem 75. Geburtstag von Pop-Ikone David Bowie machten sich dessen Erben ein großes Geschenk: Für umgerechnet rund 220 Millionen Euro - so berichtet das US-Branchenblatt „Variety“ - verkauften sie die Rechte am musikalischen Gesamtwerk des 2016 gestorbenen Superstars.

Sechs Jahrzehnte Bowie-Musik, mehr als 25 Studioalben mit Songklassikern wie „Space Oddity“, „Changes“, „Heroes“ oder „Let's Dance“ - sie gehören nun dem US-Musikverlag Warner Chappell Music.

Bowie ist der neueste Name in einer langen Liste von Künstlern, deren Songrechte inzwischen bei großen Konzernen und Plattenfirmen liegen. Bob Dylan („Blowin' In The Wind“, „Like A Rolling Stone“) überließ sein Werk mit rund 600 Aufnahmen dem Marktführer Universal. Bruce Springsteen („Born To Run“, „The River“, „Born In The U.S.A.“) trat seinen gesamten Katalog an Sony ab. Auch die Red Hot Chili Peppers, Shakira, Tina Turner und viele kaum weniger namhafte Künstler trennten sich von ihren Songrechten.

Neue Einnahmequelle

Gründe für diesen Trend sind schwindende Einnahmen durch Tonträgerverkäufe, eine Folge des Musikstreamings, und neuerdings die Pandemie, die das lukrative Konzertgeschäft massiv beeinträchtigt hat. „Ich kann nicht arbeiten“, schrieb Songwriter-Legende David Crosby vor einem Jahr bei Twitter und kündigte an, seine Rechte ebenfalls verkaufen zu wollen. „Streaming hat mein Plattengeld gestohlen... Ich habe eine Familie und eine Hypothek, darum muss ich mich kümmern, also ist es meine einzige Option.“

Sind die Songrechte einmal weg, wird es schwer, sie zurückzubekommen. Aber zumindest kurzfristig gesehen ist der Verkauf ein gutes Geschäft. Die Red Hot Chili Peppers („Californication“) sollen vom britischen Unternehmen Hipgnosis umgerechnet rund 125 Millionen Euro kassiert haben. Nobelpreisträger Dylan (80) bekam für sein Werk laut Medienberichten rund 250 Millionen Euro. Bei Springsteen (72) sollen es sogar fast 450 Millionen Euro gewesen sein. Damit ist der „Boss“ Schätzungen zufolge Rekordhalter - nicht schlecht für einen Musiker, der in seinen Liedern gern die Mühen der Arbeiterklasse besingt.

Hipgnosis gilt als einer der Vorreiter der Rechteverwaltung. Gegründet wurde die Investmentfirma von Merck Mercuriadis, einem Musikveteran, der schon Beyoncé, Iron Maiden und die Pet Shop Boys managte, und Nile Rodgers, dem Gitarristen der Disco-Funk-Band Chic („Le Freak“, „Good Times“) und Produzenten von Duran Duran, Bowie oder Madonna.

Die Songs sollen nicht verramscht werden

Schmusesänger Barry Manilow, Altrocker Neil Young und Popstar Shakira gehören zu ihrem Portfolio. Kritik der Fans an einem angeblichen Ausverkauf wirkt Hipgnosis entgegen und verspricht, die Musik nur zu den Bedingungen der Künstler zu vermarkten. Mit anderen Worten: Eine Verramschung in Werbespots soll es nicht geben - es sei denn, der Künstler selbst willigt ein. „Merck hat eine neue Art von Musikfirma erschaffen“, schwärmte Manilow. „Ich freue mich, ein Teil der Familie zu sein.“

Für jüngere Musiker und Songwriter kann es also durchaus sinnvoll sein, diesen Schritt zu gehen, der sich schon bei einem einzigen Hit finanziell lohnen kann. Denn im Vergleich zu früheren CD- und Schallplattenverkäufen sind die Einnahmen durch Streaming äußerst gering. Das sei unfair, beklagen viele Musiker. Radiohead-Frontmann Thom Yorke zählte zu den schärfsten Kritikern und weigerte sich lange, seine Musik auf Spotify und Co. verfügbar zu machen. US-Superstar Taylor Swift zog vorübergehend ihren gesamten Katalog von allen Streamingplattformen zurück, weil sie das Zahlungsmodell in Frage stellte.

Noch wütender zeigte sich Swift allerdings beim Thema Songrechte. Die liegen für ihre ersten sechs Alben nämlich beim früheren Label Big Machine Records. Mit 15 hatte die US-Sängerin dort einen Vertrag unterschrieben und die Verlagsrechte schon im Voraus abgetreten. Die Rechte wurden inzwischen mehrfach verkauft - Swift gelang es jedoch nicht, sie selbst zu erwerben. Nun hat sie begonnen, diese sechs Alben für ihr Label Universal neu aufzunehmen, um so die Kontrolle über ihr Werk zurückzuerlangen. Eine Vertragsklausel macht's möglich.

Ärger um Songrechte ist in der Branche nichts Neues. In den 80er Jahren erwarb Michael Jackson die Rechte am Gesamtkatalog der Beatles für umgerechnet 40 Millionen Euro - sehr zum Ärger von Ex-Beatle Paul McCartney. Der hatte den Kauf allerdings zuvor abgelehnt, weil er ihm zu teuer erschien.

Die Freundschaft zwischen „Jacko“ und „Macca“, die zuvor die Duette „The Girl Is Mine“ und „Say Say Say“ aufgenommen hatten, zerbrach, auch weil Jackson dem Unternehmen Nike die Nutzung des Beatles-Songs „Revolution“ für einen Schuh-Werbespot erlaubt hatte. Finanziell lohnte sich das Geschäft für den „King of Pop“: Zehn Jahre später verkaufte Michael Jackson die Beatles-Rechte für das Doppelte.

3. Zwei neue Kernkraftwerke für die Niederlande

VON **HOLGER DOUGLAS**

Sa, 18. Dezember 2021

Zwei neue Kernkraftwerke sollen in den Niederlanden entstehen. Das sieht das Programm der neuen Vier-Parteienkoalition vor, das jetzt vorgestellt wurde.

Am vergangenen Mittwoch wurden die Einzelheiten des Koalitionsvertrages im Parlament vorgestellt, der in einer der längsten Koalitionsverhandlungen seit März ausgehandelt wurde. Ein wesentliches Ergebnis: In den Niederlanden sollen zwei neue Kernkraftwerke gebaut werden. Das bisher Bestehende in Borssele soll weiter laufen. **Das Programm** klingt ähnlich grün wie das der neuen Berliner Koalition mit Blick auf den Geldbeutel der Bürger: »Die Niederlande sind ein wohlhabendes Land, das sich zum Ziel gesetzt hat, beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft eine führende Rolle in Europa einzunehmen.«

Fast scheint das Land in einen Wettbewerb mit Deutschland treten zu wollen, wer erster im Kampf gegen den »Klimawandel« ist. »Die Niederlande wollen Europa im Kampf gegen die globale Erwärmung anführen«, heißt es im niederländischen Koalitionspapier. Auch die Niederlande wollen die Erde retten: »Wir wollen unser Möglichstes tun, um unser Land und unseren Planeten lebenswert und bewohnbar zu halten.«

Das »Klimaziel von maximal 1,5 Grad Celsius« solle angestrebt werden: »Um bis spätestens 2050 klimaneutral zu sein, verschärfen wir das 2030-Ziel im Klimagesetz auf mindestens 55% CO₂-Reduktion.« Auch die Übererfüllung des neuen Plansolls wird Bestandteil neuer Regierungspolitik: »Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns darauf geeinigt, unsere Politik auf ein höheres Ziel auszurichten, das bei etwa 60 % im Jahr 2030 liegt.« Um die »CO₂-Ziele« zu erreichen, solle der Bau neuer Kernkraftwerke vorbereitet werden, heißt es im Papier weiter.

Von ursprünglich zwei Kernkraftwerken in den Niederlanden läuft nur noch die Anlage in Borssele, ein relativ kleines 515-MW Kraftwerk, das 1973 erbaut wurde und mit drei Prozent zur Stromversorgung beiträgt. RWE ist mit beteiligt. Bis 2033 wurde die Betriebsgenehmigung verlängert. Jetzt sollen die für den Neubau notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Die Diskussion über Kernkraft läuft in den Niederlanden schon länger. Allerdings unter dem Mantel des sogenannten Klimaschutzes. So stellte im vergangenen Jahr der damalige Wirtschaftsminister Eric Wiebes die Ergebnisse einer Studie der Beratungsgesellschaft Enco vor, die einen zügigen Aufbau neuer Nuklearkapazitäten empfiehlt. Wiebes: »Die Analyse zeigt, dass Kernenergie für die Zeit nach 2030 eine der kosteneffizientesten Optionen bei CO₂-freier, regelbarer Kraftwerksleistung darstellt«. Sie zitierte auch den Weltklimarat der Vereinten Nationen und die Internationale Energieagentur (IEA), die Atomkraft als notwendig im Kampf gegen den Klimawandel betrachten.

Die Beratungsgesellschaft Enco stellte eine Übersicht über die Nutzung der Kernkraft sowohl in Europa als auch weltweit zusammen. Ergebnis: Die Lebensdauer eines Kernkraftwerkes zu verlängern sei die günstigste Methode, CO₂ einzusparen. Kernkraft sei nicht teurer als Wind- und Sonnenenergie. Denn auch die Kosten eines Kernkraftwerkes spielten umgerechnet auf die Kilowattstunde über die lange Laufzeit von 60 bis 80 Jahren keine Rolle.

Ob bei den Planungen im Nachbarland auch ein Blick auf den deutschen Markt eine Rolle spielte, ist zumindest nicht öffentlich erörtert worden, liegt jedoch nahe. Deutschland schaltet seine Kraftwerke ab und schafft damit neue Absatzmärkte für Stromerzeuger in den Nachbarstaaten.

Eine massive Anti-Atomkraft-Bewegung wie in Deutschland gibt es in den Niederlanden nicht mehr. Das niederländische Almelo spielt eine große Rolle in der Kernkraft Europas. Dort betreibt die Urenco-Gruppe eine ihrer drei Anlagen in Europa zur Urananreicherung und liefert den Brennstoff für Reaktoren.

Die neue niederländische Regierung will übrigens auch eine Senkung der Steuerlast der Bürger erreichen und stellt dafür drei Milliarden Euro bereit. Gleichzeitig sollen rund 60 Milliarden € für einen sogenannten Klimaschutz, eine Energiewende und eine sogenannte nachhaltige Landwirtschaft ausgegeben werden. Wie weit dies praktisch bedeutet, dass niederländische Landwirte ihre Ställe ausräumen und auf Viehhaltung verzichten müssen, ist noch nicht klar. Die sollen beispielsweise auf die Hälfte ihrer Kühe im Stall verzichten – zugunsten des Klimaschutzes. Kein Wunder, dass sie dagegen aggressiv protestieren.

Als wichtigstes Ziel der Regierungsarbeit sei, heißt es übrigens bei der Verkündung des Koalitionsvertrages, die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Regierung.